

# Dresdner Volkszeitung

**Organ für das werktätige Volk**

Buchdruckerei Dresden  
Koben & Comp., Nr. 1268

Das Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Umtshaupmannschaft Dresden

Buchdruckerei, Sämt. Buchdruckerei, Dresden,  
Bank der Arbeit, Wissensstellen  
und Beamten, A. G., Dresden,  
Gesbrüder Arnold, Dresden.

Bei Eintritt von Bürgern in das Reich, ist es durch einen Einfuß höherer Gewalten, daß der Besitzer der Dresdner Volkszeitung keinen Aufschluß auf Rückverfolgung des Besuchers hat über die Ausübung der Rechte.

Postabreis mit der idealen Unterhaltung obgleich Leben, Wissen, Kunde, aus dem "Volk und Zeit" monatlich 1.50 M., einzeln 45 Pf.  
Postamt, Postamt 1.50 M. jährl. Post- u. Brief-Bausatz 24 Pf.  
Telegramm: Adresse: Dresden, Postzeitung

Schriftleitung: Berliner Platz 10, Fernsprech. Nr. 2581. Heraus-  
gabe nur zwischen 12 bis 1 Uhr.  
Gebärdsteller: Berliner Platz 10, Fernsprech. Nr. 2581 und 12.300.  
Geschäftsführer: Schriftleitung 12.300. Herausgeber: 10.400.  
Geschäftsführer: Schriftleitung 12.300. Herausgeber: 10.400.

Abonnement: 30 min. breite Blätter 200 M. für ausländische  
Zeitung 50 Pf., die 30 min. breite Blätter 200 M. für ausländische  
Zeitung 40 Pf. und 250 Pf. Auslandssachen. Stellen- und Wiss-  
schaftliche 40 Pf. Broschüre, 10 Pf. Preisheftchen 10 Pf. Preisheftchen 10 Pf.

Nr. 91

Dresden, Montag, den 20. April 1931

42. Jahrgang

## Razis verlieren 60 Prozent Sozialisten die einzigen Gewinner

R. Berlin, 20. April. (Frig. Funksprach.) Einen überragenden Wahlerfolg auf Kosten der Nationalsozialisten und der Kommunisten errang die Sozialdemokratie am Sonntag bei den Gemeindewahlen in der Großgemeinde Weiden-Löwenich vor den Lorenzins. Die Sozialdemokratie konnte ihre Stimmenzahl erhöhen.

Bei 80 Prozent Wahlbeteiligung wurden abgegeben 318 Stimmen bei der letzten Reichstagswahl (4.01). Es gaben Stimmen die Sozialdemokratie 1122 (463), die Kommunisten 294 (473), die Nationalsozialisten 115 (71), die Deutsche Nationalen 160 (115), die Deutsche Volkspartei 130 (229), das Zentrum 1481 (1717), die Bürgerbewegung (Staats- und Wirtschaftspartei) 317 (220). Das beträgt der Stimmenverlust der Nationalsozialisten 60 Prozent, der der Deutschen Volkspartei und der Kommunisten je etwa 40 Prozent. Am Mandatenhalten die Sozialdemokraten 6, das Zentrum 9, die Nationalsozialisten, die Kommunisten und die Bürgerbewegung je 1 Mandat.

## 1. Mai Nationalfeiertag in Spanien

H. Madrid, 20. April. (Frig. Funksprach.) Im ersten Ministerrat ist beschlossen worden, den vorherigen Regierung von der Morgan-Bank angebotenen 50 Millionen-Dollar-Kredit zur Stabilisierung der Peseta abzulehnen, da das Schaham auch ohne diesen Kredit der genugend Mittel verfügen würde. Ferner wurde beschlossen, die neuen Millionen Peseten der Zivilisten des Königs zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Andalusien zu verwenden.

Der 1. Mai wurde zum Nationalfeiertag erklärt.

Die Regierung hat ferner die Revision des Urteils in dem Prozeß gegen General Berenguer angeordnet, der im Jahre 1922 von der Anklage, an der blutigen Niedergabe von Alcalá schuldig zu sein, freigesprochen wurde. General Berenguer ist bereits endgültig aus der Liste der Armee gestrichen. Außenminister Lerroux dementierte im Ministerrat das Gericht von einem Aussandt in Marokko gegen die republikanische Regierung. Er habe eine Abordnung bestehend aus Einwohnern Melillas und Ceutas, empfangen, die ihm mitgeteilt habe, daß die Haltung gewisser Kreise der Bevölkerung missliege und sie durch andere Personen erzeigt werden müssten. Es sei aber zu seiner Meinung wegen dieser Forderung gekommen.

Die Konstitutionalistin lassen mitteilen, daß sie für die Regierung eintreten würden unter der Bedingung, daß sie durch die verfassunggebende Nationalversammlung als legitim überkannt werde. Sie seien zwar keine Republikaner, sie würden aber die Republik respektieren, die sich einer Atmosphäre des Friedens und der sozialen Ordnung gewidmet müsse.

Weitere Anerkennungen. Außer Mexiko, Chile, Uruguay und Portugal haben inzwischen auch Argentinien, Portugal, Spanien, die Türkei und die Tschechoslowakei die neue soziale Regierung anerkannt.

Kapitalflucht verhindert. Wie aus San Sebastian gemeldet wird und der Herzog von Alba, die mit einem Beitrag von 100 Millionen Peseten die französische Grenze überqueren wollte, von verschiedenen Polizeibeamten 745 000 Peseten abgenommen zu einer Finte hinterlegt worden. Auch einem anderen Kapitän, dessen Name nicht genannt wird, sollen die Beamten 2 Millionen Peseten beschlagnahmt haben.

### Gewaltige sozialistische Kundgebung

#### Kabinettmitglieder marschieren an der Spree

H. Madrid, 20. April. (Frig. Funksprach.) Am Sonntag fand die Erinnerung an den Gründer der Sozialistischen Partei, Antonio Gómez, eine größere Kundgebung statt. Die Arbeiterstadt Madrid, die Studenten und Gymnasiasten stellten sich an der Veranstaltung. An der Spree des Demonstrationszuges marschierten die Mitglieder des Kabinetts, der neue Gewerkschafts- und der Bürgermeister von Madrid. Die Straßen waren von einer dichtgedrängten Menschenmenge besetzt, die den Demonstranten zuwinkte. Der Zug begab sich zum Friedhof, wo Gewerkschafts- und Bürgermeister einen Graben des Sozialistischen Friedhofes am Grabe des Sozialistführers eine Rede hielten. Die sozialen Beifall fand. Die Zahl der an der Kundgebung teilnehmenden Personen wird auf 150 000 geschätzt.

Internationales Arbeitsamt. Am Sonnabend trat der Erwartungsraum des Internationalen Arbeitsamtes zu seiner 62. Tagung in Genf zusammen. Auf der Tagesordnung standen zahlreiche Berichte über Spezialfragen einzelner Berufskräfte. Von besonderer Bedeutung ist der den Mitgliedern des Erwartungsraums übermittelte Bericht über Stand und Entwicklung der Arbeitslosigkeit. Der Bericht ist er noch bekanntgegeben worden.

## Rüstet zum 1. Mai!

### Arbeiter! Angestellte!

Der 1. Mai, der Werkfeiertag des Proletariats aller Länder, fällt in diesem Jahre in eine Zeit der großen Bedrohung. Die Arbeitslosigkeit ist so groß wie nie zuvor. Mit ihr wächst die Unzufriedenheit des Existenz für alle auch in Arbeit lebenden; denn siehe weise, wann ihn das Schicksal in die Reihen der Arbeitslosen stößt. Daneben wirken sich all die sonstigen Ereignisse hinzu, die die sozialen Verhältnisse verschärften.

Die Völker werden gedrängt, an der Sozialversicherung mitzuhelfen. Vieles von dem, was geübt wird, wird von Unternehmen unterstützt, die wie unter solchen Zeiten auszuhalten.

Wäre der 1. Mai ein Feiertag wie so viele andere, dann könnte gefragt werden, ob es sich lohne, ihn in einer solchen Zeit zu feiern. Aber der

bedeutet dabei neue Ziele. Es geht nicht mehr um den Arbeitstag. Er genügt nicht mehr.

### Die 40-Stunden- oder die Fünftage-Woche

Ist es, die wir heute fordern und der unser gewerkschaftlicher und unser politischer Kampf gilt. Unsere Arbeitsbrüder müssen vor der Stütze weg in die Betriebe. Arbeitsgelegenheiten gibt es zu schaffen, und da gibt es kein Mittel, das so rasch wirkt wie die Verbesserung der Arbeitszeit. Darum unsere neue Lösung, die am 1. Mai von der gesamten Arbeitsschaft aufgegriffen werden muss. Dafür demonstrierten wir.

Und den Unternehmen und allen, die ihnen folgen wollen, rufen wir am 1. Mai mit allem Nachdruck zu:

### Nicht Abbau, sondern Ausbau der Sozialgesetzgebung.

Die Zeiten sind für alle Arbeitenden zu ernst, als daß an den Errichtungen getröstet werden könnte, die ihnen Schutz und Rückhalt bieten. Wir leben nicht mehr im alten Erbgerichts- und Monarchie-Zeitalter. Soziale Verantwortung ist jetzt das Fundament des Staates. Und so sagen wir auch in diesem Jahre: Der neue Staat muß sozial sein, oder er wird nicht sein.

Eine neue Lösung bedeutet neue Kämpfe. Mit Erfolg kann die Arbeiterschaft nur kämpfen, wenn sie einig und geschlossen ist. Deshalb stärkt und festigt eure Reihen. Hinein in die Verbände, hinein in die Gewerkschaft. Proletarier vereinigt euch. In diesem Zeichen werdet ihr siegen.

### Hoch der 1. Mai!

Demonstriert! Folgt dabei den von den zuständigen Stellen gegebenen Anweisungen.

### Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund - Allgemeiner freier Angestelltenbund

## Doppelspiel der Volkspartei

### Nazis und Stahlhelm als Vorspann der Kapitalistenpartei

Am Sonntag fand in Berlin eine Tagung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei statt. Der Führer der preußischen Landesfraktion, Stendel, sprach über den Kampf in Preußen, wo die Deutsche Volkspartei bestimmt das Stahlhelm-Volksbegehrung unterstützte. Der preußische Regierung war er vor, sie könne zwar vermalten, aber von Regierungen könne sie keines sein. Der Kampf um Preußen werde bis zu den Neuwahlen nicht mehr ruhen. Das Ziel müsse die Schaffung einer sozialen bürgerlichen Regierung sein. Der Parteiführer Dingeldey befürchtete, sich vor allem mit den Nazis. Er sah in der nationalsozialistischen Bewegung eine große Gefahr, weil diese Bewegung die nützliche Wahrheit entweidet durch die Sprache des Hasses oder durch den Traum einer unheimlichen Zukunft verdunkle. Die Nationalsozialisten würden zu statthellem Einfluß nur kommen, wenn sie sich an die Form menschlichen Zusammenhalts gewöhnen, ohne die jede Zusammenarbeit ausgeschlossen sei. Selbstverständlich sprach er auch von der Reparationsfrage. Zu den zwei Milliarden Mark Reparationen fände noch eine Sisalität von anderthalb Milliarden. Das sei mehr, als unsere Wirtschaft leisten könne, und deshalb werde die Reichsregierung auf den Weg der Revision des Tributvertrages getrieben werden. Schließlich wurde noch ein umfangreiches Aktionsprogramm angenommen, in dem u. a. die Errichtung einer zweiten Rammert, einer schwungigen Reichsreform, die Einführung des Verbrauchssteuer zum Hauptziel des Landes Preußen und die Herauslösung des Staates auf 25 Jahre geordnet werden.

Den Leuten von der Deutschen Volkspartei geht es vor allem um Preußen. Was soll das heißen, wenn Herr Stendel sagt, in Preußen werde nur verwaltet, nicht regiert. Wandelnde Wunderdinge würden dort vollbracht, wo die Deutsche Volkspartei in der Regierung war? Doch die Sozialdemokratie in Preußen einen vorherrschaftlichen Einfluss hat, ist für die Stendel und Dingeldey der Stein des Anstoßes. Während die Herrschaften sonst gern davon reden, daß man nicht unnötig Unruhe ins Volk tragen soll, unterstreichen sie in Preußen das für den Staat so kostspielige Volkspolitik, das seltsam, wenn es einen Erfolg hätte, doch nur dazu führen könnte, daß in Preußen ein Jahr später Neuwahlen sind als sonst. Den nur allzu vielen Proletarien, die heute noch dem Stahlhelm und den Nazis nachlaufen, sollte doch nun einmal klar werden, in welchen Dienst sie eigentlich stehen. Es ist

doch bezeichnend, daß das Stahlhelm-Volksbegehrung gerade von den beiden großkapitalistischen Parteien, der Deutschen Nationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei, so eifrig unterstützt wird. Das Ziel der Herren von der Deutschen Volkspartei ist die völlige Vereinigung des sozialdemokratischen Einflusses in Reich und Ländern, damit das Unternehmensrecht freie Hand hat, die Löhne zu drosseln, das Elend der Massen noch immer zu vergroßern. Da sollen ihnen der Stahlhelm und die Hitler-Partei, die durch ihren Tamtam noch manchen Proletarier einzufangen vermögen, als Werkzeug dienen.

Die Nazis freitlich bereiten Herrn Dingeldey noch schmerzliche Sorgen. Noch immer hat man bei der Deutschen Volkspartei die Hoffnung nicht aufgegeben, daß es gelingen werde, im Reich mit Hilfe der Nazis einen Rechtsblock zu schaffen. In Thüringen zeigt die Deutsche Volkspartei so lange an der Bundesräte mit Hitlers Leuten fest, wie es irgend geht. Herr Dingeldey ließ in seiner Rede deutlich genug durchblicken, daß die Deutsche Volkspartei zum Pündnis mit den Nazis sofort bereit wäre, sowie diese sich auch nur eingerückt salutfähig benehmen. Man glaubt die Nazis als Sturmbrock gegen die Arbeiterschaft sehr gut gebrauchen zu können.

Natürlich brachte Dingeldey seine Partei auch wieder als die echte und rechte Kämpferin gegen die Reparationslasten in empfehlende Erinnerung, ohne uns das Recht zu versetzen, durch dessen Beleidigung wir dieses Leben so schnell loswerden könnten, wie das wohl jeder Mann im deutschen Volle wünscht.

### Franzens Willkür gedämpft

Die Vertretung des Reichsinnenministers Dr. Wirth hat wie der Soz. Freiheitsdienst erfahren — Staatssekretär Dr. Schweitzer auf Grund der Beschwerde des sozialdemokratischen Braunshain's „Volkstreunbes“ gegen bestossen Verbot durch den Naziinister Franzen die Verbotserlaubnis von drei Wochen auf eine Woche herabgesetzt. Danach gilt das Verbot vom 15. April an und läuft am 21. April ab, so daß der „Volkstreund“ am Mittwoch, dem 22. April, wieder eröffnen kann. Eine entsprechende Mitteilung ist der braunschweigischen Regierung und dem Verlag des „Volkstreunbes“ bereits am Sonnabend zugegangen.